

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

11. Aufl. Sonntagsbeilage

Postfach Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbettelgeldes. Anzeigenpreis: die fünfgespaltene Korpuszeile 12 Pfa. An erster Stelle und für außerhalb der Amtshauptm. Schlemma 15 Pfa. Nachdruck 10 Pfa. Bei Wiederholung Ermäßigung. Beilagesgebühren nach Abrechnung. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Nr. 9.

Mittwoch, den 24. Januar 1917.

28. Jahrgang.

Von den Kriegsschauplätzen.

Amlich, Großes Hauptquartier, 23. Januar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Nordwestlich von Armentieres drangen Erkundungsabteilungen deutscher Regimenter in die feindlichen Gräben und heherten mit einigen Gefangenen und Maschinengewehren zurück. Gegen unsere Stellung nordwestlich von Fromelles vorgehende englische Truppen wurden abgewiesen.

Im Uebrigen beherrschte nur zeitweilig nachlassender Dunst die Artillerie- und Fliegeraktivität.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Längs der Düna und nordwestlich von Ruck Heigerte sich vorübergehend das Artilleriefeuer. Westlich von Dünaburg ver-

trieb unsere Beobachtung eine russische Streifabteilung, die im Morgengrauen in die nördliche Linie eingedrungen war.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph. An einigen Stellen der Waldharpathen und des Grenzgebirges zur Moldau kam es bei heftigem Frostwetter zu regeren Artilleriekämpfen. Bei Vorfeldgefechten nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen dem Gegner zwischen Stanic- und Pulna-Tal 100 Gefangene ab und schlugen südlich des Gafinu-Tales mehrere feindliche Vorposten zurück.

Front des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Im unteren Putna-Lauf hatten Vorpostengefechte ein für uns günstiges Ergebnis. In der Dobrußja überschritten bulgarische Truppen bei Tulcea den fließenden Mündungsarm der Donau und hielten sein Nordufer gegen russische Angriffe. Majedonische Front. Keine besonderen Ereignisse.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff. (W. I. B.)

Bekanntmachung.

Nummer 1 des Verordnungsblattes vom Jahre 1917 des Co.-Luth. Landeskonsistoriums für das Königreich Sachsen ist eingegangen und liegt für die Mitglieder der Kirchengemeinde Naunhof in der Kirchenexpedition zur Einsicht aus.

Naunhof, 21. Januar 1917.

Das Co.-Luth. Pfarramt Naunhof.

Spaltungen.

Wie in der deutschen und in der königlich preussischen Sozialdemokratie ist es nun auch in der französischen zu einer Zersplitterung ihrer parlamentarischen Vertretung gekommen. Der Parteiführer selbst trug zwar von jeher schon alles andere als einen einheitsförmigen Charakter, und auch von der sozialistischen Kammerfraktion hatten sich einige Eigenbrötler abgespalten, die sich der notwendigen Disziplin nicht zu fügen vermochten. Aber die machtvolle Persönlichkeit Jaurès, dessen Ermordung aufzuklären die französische Regierung noch immer nicht den Mut gefunden hat, wußte bis zum Kriege die Einigkeit der Partei im großen und ganzen zu behaupten, und seither glaubten seine Gefolgsleute der Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes alle Neigungen zur Sonderbündelei opfern zu müssen. Aber die Art, wie die Entente die Wilsonsche Friedensnote zurückgewiesen und wie dabei Herr Briand, ehemals der Radikalführer einer, die Führung übernommen hat, ist dem doch einem Teile der Fraktion loszusagen über die Querschnur gegangen; unter Führung der Deputierten Ferru, Abram und Bressmann haben sie sich von der offiziellen Fraktionsleitung frei gemacht und beschlossen, in eigenen Interpellationen den Ministerpräsidenten über die Gestaltung der Lage zur Rechenschaft zu ziehen. Einstweilen waren es 57 Abgeordnete, die sich der von Briand geforderten Vertagung der Debatte auf unbestimmte Zeit widerlegten. Schon aber ist für den kommenden Donnerstag eine neue Interpellation angedeutet, diesmal über die Saloniki-Expedition, den mündelsten Punkt in Briands Kriegsrechnung. Wahrscheinlich wird es darüber zu einer geheimen Kammerfraktion kommen, und wenn sie auch abermals mit dem üblichen Vertrauensvotum für die Regierung enden sollte, die Gegenseite innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion werden nur um so höherer fortwirken, je weniger es gelingen will, an dem äußeren Stande der Dinge etwas zu ändern.

Was die französischen Sozialisten mehr und mehr auseinanderreißt, ist die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu den Parteigenossen der feindlichen Länder, insbesondere Deutschlands. Man weiß, daß von hier aus schon wiederholte Versuche unternommen worden sind, um irgendwo auf internationalem Boden eine Zusammenkunft führender Männer der äußersten Linken aus allen kriegsführenden Ländern zustande zu bringen; sie sind aber bisher immer an der Ablehnung der fremden Parteien gescheitert. Erst waren es die Engländer, die sich in schroffer Form dagegen auflehnten, und die Franzosen glaubten dann natürlich hinter ihnen an Gefühlsmäßigkeit nicht zurückstehen zu dürfen. Aber in Frankreich machte sich mehr und mehr in Gewerkschaftskreisen ein Umschwung der Stimmung bemerkbar, und als der Niederschlag dieser ruhigeren Denkungsart sind die parlamentarischen Vorgänge anzusehen, von denen hier die Rede ist. Es kommt ihnen aufzutreten, daß die Begeisterung für Briand ohnehin in der Kammer erheblich nachgelassen hat, und daß die Friedenssehnsucht des Volkes allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz immer ungestümer an die Oberfläche drängt. Da aber das Ministerium Briand zum Teil auch auf sozialistischen Elementen aufgebaut ist, bleibt kein Bestand von der Gesamthaltung der Kammerfraktion mit abhängig. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, können wir natürlich in aller Ruhe abwarten, nur auf einen Unterschied bei den Spaltungen im sozialistischen Lager haben und drüben wollen wir bei Zeiten hinweisen. Bei uns sind es die Überabstufen, die Nicht-als-Internationalen, die von der Gesamtpartei abfallen — mit dem Erfolge, daß sie sich dadurch selbst zu völliger Einflußlosig-

keit verurteilen. Sie können allenfalls noch einmal erregte Szenen hervorrufen, von denen schon am nächsten Tage kein Mensch mehr spricht, aber im übrigen stehen sie abseits der politischen Geschehnisse und kommen für unsere Entscheidungen überhaupt nicht mehr in Betracht. In Frankreich dagegen hat sich von der sozialistischen Kammerfraktion eine Gruppe abgespalten, die zu Verhandlungen mit dem Feinde, wenn auch vielleicht zunächst nur mit den feindlichen Sozialisten, geneigt ist und, um dies möglich zu machen, die eigene Regierung in die Enge treiben möchte, während die Fraktion als solche jede Annäherung an Scheidemann und Genossen noch immer wie die Pest verabscheut. Die Rollen sind also vertauscht: bei uns sind die Friedensrufer unserer Sozialisten bis auf weiteres verstummt, da auch der Blödsinn nachgerade einsehen muß, daß die feindlichen Regierungen keinen Frieden mit uns schließen wollen; in Frankreich beginnt er sich auszubreiten und Wirkungen auszulösen, die über kurz oder lang sich zu Laten werden verdrängen müssen. Mit der Gestaltung der militärischen Lage steht diese Erscheinung jedenfalls mehr im Einklang. Wir können gewiß sein, daß es dabei auch bleiben wird.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Über eine dauernde Verbindung zwischen den Parlamenten der verbündeten Mittelmächte erklärte Reichstagspräsident Dr. Kaempf dem Berichterstatter des Budapesters Blattes „Az Est“, es sei geplant, die Zusammenkünfte der Parlamentspräsidenten zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Nur so werde es möglich sein, in gewissen Dingen gleichförmige Verfügungen zu treffen und die Annäherung der Völker vorzubereiten. — Die Parlamentspräsidenten werden voraussichtlich Dienstag abend ins Große Hauptquartier reisen, wo sie von Kaiser Wilhelm empfangen werden. Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Generalquartiermeister Ludendorff werden ebenfalls von den Präsidenten besucht, die dann die Heimreise antreten.

Ein Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands leitet die Schritte zur Trennung der deutschen Sozialdemokratie in zwei Richtungen offen ein. Der Aufruf ist „an die Partei“ gerichtet und sagt u. a.:

Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern gegen eine ungeheure Übermacht um seine nackte Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft kämpft, kann nach den Antworten der Entente auf das deutsche Friedensangebot und die Anregungen des Präsidenten Wilson von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden. Durch unsere Parteiorganisation geht ein Miß. In verhängnisvoller Weise haben sich die Zustände innerhalb der Partei entwickelt. Die für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit wird vielfach mißachtet. Das demokratische Prinzip wird vielfach an den Rand gestellt. Die Mehrheit soll sich dem Willen der Minorität fügen. Wenn trotz aller früheren Vorgänge irgendwo in parteigewöhnlichen Kreisen noch Zweifel bestanden haben sollten über die Absichten einer monatlich-rechtshaberischen Minorität, der die Mehrheit sich fügen soll, so werden diese Zweifel nunmehr beseitigt sein. Die Reichs-Sonderkonferenz der Opposition und die von dieser gefassten Beschlüsse sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut und der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei. Es muß jetzt Farbe bekannt werden. Die Genossen und Organisationsleiter, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der Adm. Sig. geschrieben, man rechne damit, daß die neue preussische Wahlrechtsvorlage zwar nicht während des Krieges, aber doch so zeitig eingebracht wird, daß sich der jetzige Landtag noch damit zu beschäftigen haben wird. Rätigenfalls würde die Legislaturperiode zu diesem Zweck verlängert werden. Der im Ministerium des Innern schon fertigestellte Entwurf dürfte höchstwahrscheinlich die Beteiligung der indirekten Wahl und der öffentlichen Stimmgabe bringen, sowie ein Bureauwahlrecht nach schäfflichem Muster vorschlagen.

Die zuerst in einem holländischen Blatt erwähnte Unterredung des Staatssekretärs Zimmermann mit einem Berichterstatter der „Associated Press“ beruht auf Tatsachen. Der Staatssekretär sagte darin, daß die Antwort des Verbandes es Deutschland unmöglich mache, weitere Schritte zur Erreichung eines Friedens zu tun.

In Zukunft wird es möglich sein, Strafen für Übertretungen von Kriegsverordnungen abzuwenden, wenn der Nachweis vorliegt, daß ein entschuldigbarer Irrtum vorliegt. Bei der Ratifizierung der Verordnungen hatte der Reichstag einen Geheimpapier angenommen, in dem die Pflicht der Behörden zur Auskunfterteilung festgelegt werden sollte. Die dem Geheimpapier trat der Bundesrat nicht bei, dagegen erließ er eine Verordnung, wonach bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften, die auf Grund des § 3 des sogenannten Ermächtigungsgesetzes erlassen sind oder noch ergehen, der Einwand des unentschuldeten Irrtums über das Bestehen oder die Anwendbarkeit der übertretenen Vorschriften zugelassen wird.

Das Kriegsamt äußert sich in einer längeren Verhandlung über die an mehreren Stellen beobachtete Abwanderung der Arbeiterschaft kriegswirtschaftlicher Betriebe. Die Arbeiter wollen nicht die Kriegswirtschaft verlassen, sondern nur aus verschiedenen Gründen, wie bessere Löhne, Vereinigung mit ihren Familien usw. an anderen Stellen arbeiten. Das Kriegsamt weist auf das Bedenkliche solcher mit Verlust an Arbeitskräften und Störung des Betriebes verbundenen Erscheinungen hin. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden in gleicher Weise ermahnt, durch gegenseitiges Entgegenkommen den ungestörten Fortgang der Arbeit zu ermöglichen.

Der preussische Finanzminister hat dem Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes auf seine Eingabe erwidert, daß eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Einkommenserklärungen bis zum 16. Februar wegen der namentlich im Interesse der Gemeinden rechtzeitig abzuschließenden Veranlagung dieser Steuer nicht erfolgen kann.

Frankreich.

Bei der am Donnerstag in der Kammer beginnenden Interpellationsdebatte werden die Beziehungen Briands zu Bratiansu im Vordergrund des Interesses stehen. Briands Gegner wollen von der Mailänder „Stampa“ geliefertes aufsehenerregendes Material über Briands entscheidenden persönlichen Einfluß auf Bratiansus Entscheidungen gegen den Ministerpräsidenten verwerfen.

Rußland.

Die Wirrnisse im Innern des Landes nehmen täglich zu. Die Ministerkrise greift um sich, der Rücktritt weiterer Minister soll bevorstehen. Man mutmaßt auf Intrigen des englischen Botschafters Buchanan, der im Volke immer mehr verhaßt wird. Die Friedenssehnsucht wächst zulebends, man befürchtet Demonstrationen gegen den Krieg und verstärkt in Petersburg und anderen russischen Städten die Polizei. In Petersburg wurde diese sogar in Erwartung von Straßenunruhen mit Maschinengewehren ausgerüstet und der ganze Militärbezirk dem „verschärften Schutz“ (dem Standrecht) unterstellt.

Griechenland.

Die Entwaffnung des Landes wird durch den englischen General Phillips übermachtet. Die Reservistenliga wird aufgelöst. Für den Transport aller Kanonen und Maschinengewehre des griechischen Heeres nach dem Peloponnes wurde ein vom 20. Januar ab rechnender Aufschub von 14 Tagen bewilligt. Seit Montag hörte in allen griechischen Städten wegen Kohlenmangels die Gasbeleuchtung auf, auch die elektrischen Anlagen sollen stillgelegt werden. — Die Beschlagnahme der griechischen Dampfer durch England soll bis sechs Monate nach dem Kriege währen. England garantiert 30 Schillinge pro Tonne und Monat an Frachten.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 22. Jan. Die nachgeordneten Behörden sind von dem preussischen Kultusminister angewiesen, für die schleunige Aufzählung der Kriegsheilfischen und Kriegsteuerungs-